



Haus & Grund Rheinland Westfalen
Landesverband Rheinisch-Westfälischer Haus-,
Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

Düsseldorf, 14. Januar 2019

Bezahlbarer Wohnraum: Gaspedal für Neubau statt Mietpreisbremse Haus & Grund Rheinland Westfalen setzt sich für Umsetzung des Koalitionsvertrags ein

Mieterbund, Gewerkschaften, Sozialverbände und Kirchen haben heute eine Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum gestartet. Das Bündnis will verhindern, dass in NRW Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung wegfallen, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Haus & Grund Rheinland Westfalen kritisiert das neue Bündnis.

Düsseldorf. „Auch wir setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum ein. Dafür braucht es mehr Neubau und Entlastungen bei den zu 70 Prozent vom Staat verursachten Wohnnebenkosten“, erklärt Erik Uwe Amaya, Verbandsdirektor von Haus & Grund Rheinland Westfalen. „Wir kritisieren das neue Bündnis aus Mieterbund, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen für deren Forderung, gescheiterte und kontraproduktive Instrumente wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung beizubehalten.“

Dabei handle es sich um populistische Instrumente, mit denen Mietern falsche Hoffnungen gemacht würden. „Die Vermieter entscheiden sich für den solventesten Mietinteressenten. Die Mietpreisbremse senkt dadurch die Mieten für Besserverdiener, aber Menschen mit kleinerem Einkommen finden weiterhin keine Wohnung, solange es insgesamt zu wenig Wohnraum gibt“, stellt Amaya fest. „Wir setzen uns dafür ein, dass der Koalitionsvertrag umgesetzt wird und die NRW-Koalition die betreffenden Verordnungen zeitnah aktiv aufhebt.“

Er verweist auf den [NRW-Wohnkostenbericht 2018](#) von Haus & Grund Rheinland Westfalen, der festgestellt hat: In 82 Prozent der Mietverhältnisse gab es 2016 und 2017 keine Mieterhöhung. In den anderen Fällen lag die Mieterhöhung im Schnitt bei 6,86 Prozent – also deutlich unter dem, was Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung erlauben würden. Befragt worden waren private Kleinvermieter, die 60 Prozent der Mietwohnungen im Land zu Verfügung stellen. „Die privaten Vermieter pflegen oft ein gutes persönliches Verhältnis zu ihren Mietern und möchten das nicht durch Mieterhöhungen gefährden. Sie erhöhen oft nur beim Mieterwechsel die Miete“, erklärt Prof. Dr. Peter Rasche, Präsident von Haus & Grund Rheinland Westfalen.

Präsident Prof. Dr. Peter Rasche
Vizepräsidentin Luzie Pinggen
Verbandsdirektor Ass. jur. Erik Uwe Amaya
Stadtsparkasse Düsseldorf
IBAN: DE17 3005 0110 1006 7069 39
BIC: DUSSEDDXXX
Amtsgericht Düsseldorf VR 9914
Finanzamt Düsseldorf-Süd
Steuer-Nr. 106/5746/1395

Anschrift Aachener Str. 172
40223 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 416 317 - 60
Telefax 02 11 / 416 317 - 89
E-Mail info@HausundGrund-Verband.de
Internet www.HausundGrund-Verband.de
Facebook facebook.com/HausundGrundVerband
Youtube youtube.com/HausundGrundVerband
Twitter https://twitter.com/HausundGrundRW

„Die Kappungsgrenzenverordnung bestraft die Vermieter für ihre stabilen Mieten, weil sie zusätzliche Kosten durch neue Gesetze und Verordnungen nicht mehr über eine Anpassung der Miete ausgleichen können“, erklärt Amaya. Dadurch sei die Vermietung irgendwann wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Ohnehin seien die Nettokaltmieten nicht der Hauptgrund steigender Wohnkosten: „Die Wohnnebenkosten steigen seit Jahren stärker als die Nettokaltmieten. Hier müsste die Politik viel stärker ansetzen“, sagt Amaya mit Blick auf die Ergebnisse des NRW-Wohnkostenberichts der vergangenen 5 Jahre.

Haus & Grund Rheinland Westfalen vertritt die Interessen von über 108.000 Haus- und Wohnungseigentümern, Vermietern sowie Kauf- und Bauwilligen gegenüber Politik, Gesellschaft und Medien. 47 Prozent aller Haus & Grund-Mitglieder in NRW sind bei Haus & Grund Rheinland Westfalen organisiert.

Pressekontakt:
Haus & Grund Rheinland Westfalen
Fabian Licher, M.A.
info@HausundGrund-Verband.de
Telefon: 02 11 / 416 317 – 60
Telefax: 02 11 / 416 317 – 89